

S. Marix Verlag

HERMANN HIERY

# DEUTSCHLAND ALS KAISERREICH

DER STAAT BISMARCKS – EIN ÜBERBLICK

---



**HERMANN HIERY**

**DEUTSCHLAND ALS  
KAISERREICH**

**DER STAAT BISMARCKS. EIN  
ÜBERBLICK**

---

S. Marix Verlag

# INHALT

---

Vorwort

## Kapitel 1 - Grundlagen

Der erste und zweite deutsche Staatengründungskrieg:  
Dänemark

Der dritte deutsche Staatengründungskrieg: Bruderkrieg

## Kapitel 2 - Der erste deutsche Nationalstaat: Der Norddeutsche Bund

## Kapitel 3 - Frankreichs Einfluss auf die Nationalstaatsgründung der Deutschen

Staatengründungskrieg Teil 4: der Französisch-Deutsche  
Krieg

## Kapitel 4 - Debüt in der Fremde: Kaiserakklamation und Kaiserproklamation

Die Kaiserdeputation des Reichstages als eigentlicher  
Staatsgründungsakt

Kaiserproklamation ja, Kaiserkrönung nein

## Kapitel 5 - Der Friede mit Frankreich. Die außenpolitischen Grundlagen des Deutschen Kaiserreiches

## Kapitel 6 – Struktur und Verfassung des Deutschen Kaiserreiches

Militär

Die Bismarcksche Reichsverfassung

Institutionen des Nationalstaates: Kaiser, Kanzler, Reichstag

## Kapitel 7 – Wahlen und Parteien

## Kapitel 8 – Die Presse im Kaiserreich

## Kapitel 9 – Der Kulturkampf

Die konfessionelle Spaltung Deutschlands. Das katholische »Problem«

Der Kulturkampf in Preußen

Die europäische Dimension des Kulturkampfes

Polen und der Kulturkampf. Staatliche Maßnahmen

Die Reaktion der Polen

Der Kulturkampf außerhalb Preußens

Das Vorgehen gegen die Polen

Die staatliche Verfolgung der deutschen Bischöfe

Die Haltung der katholischen Bevölkerung

Der Abbau des Kulturkampfes

Bismarck und der Kulturkampf. Versuch einer Neubewertung

Die Nachwirkungen des Kulturkampfes

## Kapitel 10 – Das Sozialistengesetz

Politische Ausnahmegesetze. Der Auftakt zum Sozialistengesetz

Die Attentate auf Kaiser Wilhelm I.

Die vorgezogenen Reichstagswahlen von 1878 und ihre Folgen

Die Wirkung des Sozialistengesetzes  
Attentate, Attentäter und die Sozialdemokratie  
Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und ihre  
Einstellung zur Gewalt  
Der Exil-Parteitag in Wyden und die Absage an jede Form  
von Gewalt in der Politik  
Rote Realpolitik  
Die deutschen Anarchisten nach 1878/80  
Die neue Sozialdemokratie  
Die Kaiserattentate und ihr Einfluss auf den Vollzug der  
Todesstrafe in Deutschland  
Das Sozialistengesetz und sein Einfluss auf die  
Sozialdemokratie

### **Kapitel 11 - Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung**

Die Unfallversicherung  
Die Krankenversicherung  
Die Invaliditäts- und Altersversicherung

### **Kapitel 12 - Gelebter Föderalismus**

Deutsche Eigenheiten. Der Föderalismus und seine  
Rückwirkung auf die deutsche Nation  
Die Außenpolitik der Bundesstaaten  
Die Innenpolitik der Bundesstaaten  
Regionale Besonderheiten  
Das Reichsland Elsass-Lothringen  
Die Landesfürsten  
Ludwig II. von Bayern und seine Absetzung  
Karoline Fürstin Reuß und ihr Sohn, Heinrich XXII.

### **Kapitel 13 - Zeitenwende. Das Ende einer Epoche**

Systemwechsel? Kaiser Friedrich III.  
Systemwechsel Teil 2: Wilhelm II.

Endzeit  
Bismarck und die deutsche Politik

Abkürzungen

Quellen

Wichtige und nützliche Hilfsmittel

Leseempfehlungen

Anmerkungen

Orts- und Personenregister



# VORWORT

---

150 Jahre sind im Jahr 2021 vorbei, seitdem der erste Nationalstaat der Deutschen ins Leben gerufen wurde. Das ist eine lange Zeit. Aber noch in den 70er-, selbst 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts war das Kaiserreich durchaus präsent. Es lebten noch viele, die mit ihm eigene, persönliche Erfahrungen verbanden. Zwar neigt wohl jede Generation dazu, ihre Jugend in der Nachschau zu verklären. Aber beim Zuhören der Geschichten und Erzählungen schien schon damals auffällig, dass die Erinnerungen der noch lebenden Zeitzeugen mit den Versuchen der Historiker, ihre Geschichte zu vergegenwärtigen, nicht wirklich deckungsgleich waren.

Geschichte heißt zuvörderst: Es ist geschehen, es ist passiert, es ist vorbei. Aus. Geschichtsschreibung ist dagegen der Versuch, Ereignisse der Vergangenheit in ihrer Bedeutung für die Gegenwart zu erklären. Was in diese Erklärung und ihre Muster nicht passt, wird häufig ausgeschieden, weggelassen oder für unbedeutend erklärt – als wären es Sackgassen der Evolution, die uns wenig angehen. Die Aufgabe des Historikers ist es, verschüttete Quellen offenzulegen und vielleicht dabei zu zeigen, dass manche Pfade eigentlich doch Chausseen waren, vermeintliche Alleen sich bei genauerem Hinsehen sich aber als Einbahnstraßen erweisen.

Zwar lässt sich an Geschehenem nachträglich nichts ändern. Aber was geschehen ist, kann zu jeder Zeit anders gesehen und beurteilt werden, ist ewig im Fluss, solange die Zukunft offen ist. Jede Zeit hat ihre eigene Geschichtsschreibung, findet andere Erklärungen, urteilt unterschiedlich, findet Anderes gut und Anderes böse, sucht (und findet) neue Helden und Bösewichte, Lobens- und Tadelswertes.

Die Grundlagen unseres Daseins können sich nicht nur verändern, sie wandeln sich durch die bislang immer wiederkehrende Erneuerung menschlicher Generationen geradezu zwangsläufig. Es gibt also nichts Endgültiges. Definitives im Schreiben oder Analysieren von Geschichte kann es demzufolge gar nicht geben.

Interpretationen, gar Urteile über die Geschichte, sind deshalb immer auch zeitbedingt. Und da sich die Zeit und mit ihr auch der sogenannte Zeitgeist wandelt, ändern sich auch historische Interpretationen und Urteile, passen sich der jeweiligen Gegenwart an oder werden durch sie angepasst.

Als Europäer sind wir - zumal nach der Aufklärung - daran gewöhnt, Geschehnisse und Abläufe rational zu erklären. Eigentlich in der Zeit Unbegreifliches wird in der Perspektive erklärbar gemacht. Dabei haben wir gegenüber der Vergangenheit scheinbar einen großen Vorteil: Wir kennen die nachfolgende Entwicklung. So können wir augenscheinliche Strukturen und offenbar logische Abläufe erkennen - oder glauben sie, zu erkennen -, selbst wenn diese realiter gar nicht so gewesen sind, wie es uns Nachfolgenden bei Betrachtung von Äußerlichkeiten erscheint. Aber der Blickwinkel aus der Gegenwart verstellt auch das Erleben der Vergangenheit, weil diese unter dem Eindruck der nachfolgenden Ereignisse nur noch eindimensional, in jedem Falle verzerrt, wahrgenommen wird. Jeder, der einmal Ältere zu ihren

Erlebnissen und Erfahrungen befragt hat, weiß, wie mühsam es für jene ist, ihre Eindrücke der Zeit den Ausdrücken und Sichtweisen der Gegenwart anzupassen.

Dem Gesetz der Zeit können auch wir nicht entgehen: Unsere Gegenwart ist eines Tages auch die Vergangenheit der Zukunft. Der Vorteil, den wir Gegenwärtigen gegenüber den Vergangenen vielleicht haben, gereicht uns zum Nachteil gegenüber allen Zukünftigen. Unsere eigene Zukunft, erst recht die negativen Wirkungen und Auswirkungen unserer Handlungen und Versäumnisse, kennen wir nicht. Es ist zumindest fraglich, ob wir und unsere Zeit, unsere Urteile und unsere Wege von der Zukunft so beurteilt werden, wie wir das gerne hätten, zumal unsere jetzige Gegenwart den Sinn und die Berechtigung eigener gegenwärtiger (nicht vergangener) Schuld, Schuldfähigkeit und Schuldmöglichkeit, schon gar Scham, nicht mehr zu kennen scheint -, das war in der Vergangenheit doch noch anders. Im negativsten Fall mag unsere eigene, positive Sicht der Gegenwart letztendlich in einer völligen Verdammung der Zukünftigen enden.

Dies ist keine der üblichen Darstellungen deutscher Geschichte, schon gar nicht ist dies ein Lehr- oder Studienbuch zur deutschen Geschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Sehr wohl aber soll dies ein Lesebuch zur deutschen Geschichte sein, sollen meine Darstellung und Deutungen Anregung geben, sich tiefer und eingehender mit der deutschen Geschichte jener Jahre oder einigen ihrer Teilaspekte zu beschäftigen. Ob dies dann tatsächlich zu einer Neubewertung des ersten deutschen Nationalstaates führen mag, wird sich erweisen.

Ich danke Gabi Krampf, Marco Hedler, Robert Schmidchen und nicht zuletzt Florian Vates, die bei der Erfassung des Textes und der Recherche geholfen haben. Die Universitätsbibliothek Bayreuth war eine große Hilfe bei der Beschaffung seltener Bücher und von Zeitschriften

und Zeitungen der Bismarckzeit. Auch in den schwierigen Zeiten von Corona wurden immer wieder Wege gesucht (und gefunden), Literatur zu besorgen und zur Verfügung zu stellen. Das Verlagshaus Römerweg ist ursprünglich mit der Idee, ein solches Buch zu produzieren, auf mich zugekommen. Seinem Leiter, Lothar Wekel, und dessen Mitarbeitern, vor allem Stefan Gücklhorn, danke ich für Unterstützung und Umsetzung. Ohne ihrer aller Hilfe hätte dieses Werk nicht erscheinen können.

Bayreuth, am 20. März 2021

Hermann Joseph Hiery

# KAPITEL 1 - GRUNDLAGEN

---

## Der erste und zweite deutsche Staatengründungskrieg: Dänemark

Staatengründungskriege nennen Historiker den Zusammenhang zwischen Kriegsführung und der Entstehung »moderner« Nationalstaaten. Der Begriff, der zunächst für die sogenannte frühe Neuzeit geprägt worden ist, kann auch für die Entstehung späterer Nationalstaaten gebraucht werden. Die Vereinigten Staaten oder Israel sind zwei herausstechende Beispiele. Im selben Zeitraum, in dem das moderne Deutschland durch Staatengründungskriege geeint wurde, entstand auch Italien auf diese Weise. Das werdende Italien führte hauptsächlich Kriege gegen Österreich und den Kirchenstaat. Der entstehende deutsche Nationalstaat führte drei, eigentlich vier Einigungskriege: 1848 und 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen sich selbst und 1870 gegen Frankreich.

Der König von Dänemark verfügte über Gebiete mit deutscher Bevölkerung, die formal nicht zu Dänemark gehörten. Die Herzogtümer Holstein und Lauenburg unterstanden dem dänischen König, waren aber integrale Bestandteile des Deutschen Bundes seit dessen Gründung 1815. Das seit dem sogenannten Vertrag von Ripen 1460 mit Holstein in fester staatsrechtlicher Verbindung - *up ewig ungedeelt* - stehende Herzogtum Schleswig besaß

zwar eine - im Süden und auf der Insel Fehmarn ganz - mehrheitlich deutsche Bevölkerung, gehörte aber weder, wie Holstein und Lauenburg, zum Deutschen Bund noch war es Teil Dänemarks, sondern hatte eine Art Autonomiestatus. Diese heute kaum noch verständlichen Regelungen - im Mittelalter und der frühen Neuzeit in Europa durchaus kein Einzelfall - führten zu Problemen und Konflikten, die sich in Zeiten zunehmender Nationalismen noch verschärften. Die verwickelte staatsrechtliche Situation eskalierte, als die dänische Politik versuchte, Schleswig näher an Dänemark anzuschließen. Im Verlauf der deutschen Revolution von 1848 bekam eine Graswurzelbewegung der deutschen Bevölkerung in Schleswig immer mehr Zulauf, die eine vollständige Trennung von der Herrschaft des dänischen Königs und eine eigene, autonome Regierung forderte. Zu ihnen gehörten der Historiker Theodor Mommsen - der einzige deutsche Historiker, der einen Nobelpreis erhielt (1902, für Literatur) - und der Schriftsteller Theodor Storm -, Namen, die bald in ganz Deutschland bekannt wurden. Bereits einen Monat vor Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wurde das Herzogtum Schleswig am 12. April 1848 in den Deutschen Bund aufgenommen.

Die Zugehörigkeit Schlesiws zu einem 1848 in Aussicht genommenen und neu zu gründenden deutschen Staat wurde zur eigentlichen Schicksalsfrage der deutschen Revolution. Zu kaum einem Thema gab es anfangs in der Paulskirche größere Einigkeit - über alle Parteiungen und regionale Unterschiede hinweg - als in der Forderung, Schleswig müsse in jedem Fall bei dem zu schaffenden neuen Deutschland dazugehören. Die öffentliche - und veröffentlichte - Meinung von Kiel über Berlin bis Wien stand ganz hinter diesem Verlangen. Und als es schließlich zum militärischen Konflikt mit Dänemark kam, zeigte

dieser alle Anzeichen eines Einigungskrieges, an dem sich Heere und Soldaten aus fast allen deutschen Staaten – Preußen, Österreich, Bayern – beteiligten.

Dieser versuchte erste Staatengründungskrieg der Deutschen ist kläglich gescheitert. Und mit ihm – und das war kein Zufall – die ganze deutsche Revolution. Das lag vor allem anderen daran, dass die Deutschen und ihre Politiker zunächst nur sich selbst und ihre Belange im Blick hatten. Der Deutsche Bund, seine Form und Gestalt waren aber keine rein deutsche Angelegenheit, sondern auf der Grundlage einer europäisch-internationalen Verständigung geschaffen worden. Dazu gehörten natürlich auch die dabei gezogenen Außengrenzen. Diese konnten nicht einfach einseitig verändert werden. Entscheidend war die Perspektive und Haltung jener europäischen Staaten, die das deutsche Konstrukt 1815 mit aus der Taufe gehoben hatten. Um Schleswig jetzt in einem neuen Deutschland aufgehen zu lassen, bedurfte es also der Zustimmung der an der Lösung von 1815 beteiligten Großmächte Frankreich, Großbritannien und Russland. Die Deutschen aber glaubten, es genüge, auf den Mehrheitswillen der schleswigschen Bevölkerung zu verweisen. Diese einseitige deutsche »Lösung« traf deshalb nicht nur auf den zu erwartenden Widerspruch der Dänen, sondern vor allem auf den erbitterten Widerstand der Briten. Preußen beugte sich schließlich dem internationalen Druck, gab nach und zog seine Truppen zurück. Fortan galt Preußen als nationaler Verräter – vor allem in linken und linksradikalen Kreisen. Der junge Friedrich Engels forderte vehement die Fortführung des Krieges, denn *der Krieg in Schleswig Holstein ist von Anfang an auch im Volk populär gewesen ... Der dänische Krieg ist der erste Revolutionskrieg, den Deutschland führt.*

*Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig: mit dem Recht der Civilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was noch sehr zweifelhaft ist, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung ist*

...

*Der Krieg, der möglicherweise jetzt ... entstehen kann, würde ein Krieg Deutschlands gegen Preußen, England und Rußland sein. Und gerade solch ein Krieg thut der einschlummernden deutschen Bewegung Noth; ein Krieg gegen die drei Großmächte der Contrerevolution, ein Krieg der Preußen in Deutschland wirklich aufgehn [läßt] ...*

Friedrich Engels, »Der dänisch-preußische Waffenstillstand«, Neue Rheinische Zeitung, Nr. 99, 10.9.1848.

In der äußerst verbissen geführten Kontroverse um vermeintliches deutsches »Recht«, um die Priorität von Ideologie oder Pragmatismus, bildeten sich zwei völlig unversöhnliche Lager, deren Streit in Lynchmorden an konservativen Abgeordneten gipfelte. Hans von Auerswald und Felix von Lichnowsky wurden als Volksverräter beschuldigt, weil sie den von den europäischen Großmächten und Schweden ausgehandelten Waffenstillstandsvertrag von Malmö einer Weiterführung des Krieges gegen Dänemark vorzogen.

Die Nationalversammlung zerfiel nach und nach. Die staatlich vollzogene Schließung war kaum mehr als eine Formalie. Die Schaffung eines deutschen Nationalstaates ist 1849, eigentlich schon im Herbst 1848, an fehlendem

Augenmaß, zu geringem Einfühlungsvermögen in internationale Konstellationen, ungenügendem Verständnis für die Sichtweise und Belange anderer Staaten und – allem voran – an mangelndem Pragmatismus gescheitert. Das schon in der Zeit verbreitete blutig-schaurig-schöne Bild von der an preußischen und österreichischen Bajonetten zerbrochenen Revolution ist nur ein Teil der Wahrheit. Und wahrscheinlich nicht einmal der entscheidende. Aber es lenkte lange Zeit – in manchen Kreisen bis heute – von eigenen Fehlern und Versäumnissen ab.

Das Problem Schleswig-Holstein aber war damit keineswegs aus der Welt. Daran konnten auch verschiedene internationale Abmachungen der Folgezeit nichts ändern. Im Gegenteil. Seit Frühjahr 1863 spitzte sich die Lage, die sich erneut an der Art der Anbindung Schlesiens an den dänischen Staat und der Sonderrolle Holsteins entzündete, wieder zu. Nach dem plötzlichen und unerwarteten Tod des dänischen Königs Friedrich VII. am 15. November 1863 drohte auch noch ein Erbfolgekrieg – der klassische Auslöser einer großen europäischen militärischen Auseinandersetzung. Der besonnenen Haltung des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck – gerade erst ein Jahr im Amt – ist es zu verdanken, dass Dänemark in dem am 23. Dezember 1863 durch Sachsen und Hannoveraner in Holstein und Lauenburg begonnenen und seit dem 1. Februar 1864 in Schleswig durch Preußen und Österreicher weitergeführten Krieg im Gegensatz zu 1848 international isoliert war, und das auch so blieb. Frankreich und Russland lehnten jede Beteiligung ab. Im Vertrauen auf den Ablauf von 1848 und britische Unterstützung missachtete das dänische Kabinett internationale Vereinbarungen, die gerade Großbritannien durchgesetzt hatte. Und es zögerte immer noch, als Großbritannien im Februar eine Konferenz

zur Lösung des Konflikts vorschlug und Preußen wie Österreich dieser schon zugestimmt hatten.

Bismarck sorgte auch für einen kurzfristigen Ausgleich der Gegensätze zwischen den deutschen Großmächten Österreich und Preußen. Das brachte zwar die deutschen Mittel- und Kleinstaaten auf - noch war der zweite Staatengründungskrieg kein wirklich gemeinsames Unternehmen -, doch gegen die geballte Militärmacht von Österreich und Preußen war die dänische Armee hoffnungslos unterlegen. Schon am 7. Februar wurde Flensburg - die zweitgrößte Hafenstadt des dänischen Königs - durch preußische und österreichische Truppen besetzt. Die Preußen besaßen in Helmuth von Moltke, Chef des Generalstabes seit 1857, ein strategisches Genie, der mit den Gepflogenheiten der dänischen Armee sehr gut vertraut war, weil er als junger Mann in ihr gedient hatte.

Dazu kam, dass nicht nur die ansässige deutsche Bevölkerung von Schleswig und Holstein die Regierung des Dänenkönigs als Fremdherrschaft ansah und diese abschütteln wollte. Auch die in Schleswig (und vor allem auf den Inseln) lebenden Friesen verweigerten den Dänen ihre Unterstützung. Die friesische Haltung sollte, wie wir noch zeigen werden, langfristige Folgen haben, die bis in die Gegenwart reichen.

Erst fast zwei Wochen nachdem österreichische und preußische Truppen angefangen hatten, über Schleswig hinaus auch Jütland zu besetzen und damit das dänische Kernland bedroht war, stimmte die dänische Regierung einer internationalen Konfliktlösung zu. Aber auch bei der am 25. April 1864 in London eröffneten Konferenz zeichnete Dänemark sich durch eine Obstruktionspolitik aus, die jeden Kompromiss ablehnte und international immer schärfer verurteilt wurde. Da die Konferenz deshalb ohne jedes Ergebnis abgebrochen werden musste, endete auch der dort ab dem 12. Mai vereinbarte, aber zeitlich

befristete und nur vorläufige Waffenstillstand. Preußische und österreichische Truppen drangen Ende Juni immer weiter vor und standen kurz davor, auch Seeland zu erobern. Nun brach die dänische Regierung auseinander. Das Restkabinett erbat den Frieden.

*Das war eine Freude! [...] es hat sich plötzlich gezeigt, daß ein Staat im Lande der Professoren, Philosophen und Träumer die bestorganisierte Armee der Welt hat. [...] die Nation jubelt und Bismarck wird immer populärer.*

Der anhaltinische Hofmaler Wilhelm von Kügelgen über die preußische Eroberung der Düppeler Schanzen, des stärksten dänischen Befestigungswerkes in Schleswig, am 18. April 1864.

Der sogenannte Präliminar («Vor«)-Friede vom 1. August wurde am 30. Oktober 1864 im sogenannten Wiener Frieden bestätigt. Bis zuletzt hatte die Regierung in Kopenhagen versucht, den nördlichsten Teil Schleswigs mit seiner mehrheitlich dänischen Bevölkerung für Dänemark zu erhalten – vergeblich. Bismarck war an dem Alternativangebot, dem Erwerb dänischer Kolonien – die in der Karibik, etwa 60 Kilometer östlich von Puerto Rico gelegenen westindischen Inseln Sankt Thomas, Sankt Croix und Sankt Jan; zur Not wollte man auch Island anbieten – nicht interessiert. Sein Versuch, Dänisch-Westindien an Österreich weiterzuschieben, wenn dieses dafür Lauenburg als preußisches Territorium akzeptiere, konterte die Regierung in Wien mit dem Gegenvorschlag, Preußen solle sich doch mit Grönland entschädigen lassen.<sup>1</sup>

So fahren heutzutage deutsche Touristen nach Sylt und nicht nach St. Thomas. Politiker der Vereinigten Staaten schätzten die dänischen Kolonien höher ein als Bismarck. Sie kauften den Dänen am 17. Januar 1917 ihre tropisch-

westindischen Inseln gegen Gold im Wert von damals 25 Millionen US Dollar ab, nachdem eine Mehrheit der Bevölkerung Dänemarks diesem Vorgehen per Volksabstimmung zugestimmt hatte.

Letztendlich musste der dänische König auf alle seine Rechte und Privilegien in den Herzogtümern Lauenburg, Holstein und Schleswig verzichten. Aus der persönlichen Herrschaft des dänischen Königs wurde nun staatlicher Besitz. Lauenburg, Holstein und Schleswig wurden gemeinsamer Besitz von Österreich und Preußen. Schleswig wurde geteilt. Der ganz überwiegende Teil ging gemeinsam an Preußen und Österreich, wurde jedoch keineswegs Mitgliedstaat des Deutschen Bundes. Kleinere Teile im äußersten Norden (nördlich von Ripen/Ribe und südlich von Kolding) sowie die Insel Arrö kamen an den dänischen Staat, der nun - sieht man nur auf diesen und nicht auf die Herrschaft des Königs - formal sogar geringfügig größer war als zuvor. Jedenfalls argumentierte man so auf deutscher Seite. Nicht nur im Bewusstsein der Dänen war das eine Milchmädchenrechnung, hatte doch ihre Monarchie zwei Fünftel des Territoriums verloren.

Dass damit Schleswig letztendlich doch geteilt wurde, brachte Bismarck den Ärger seines Königs ein. Wilhelm I. wollte partout nicht auf Schleswig als Ganzes verzichten. Bis zuletzt kämpfte er um jeden Quadratmeter Boden, jeden einzelnen Weiler. Die Zukunft des Friedensvertrages hing schließlich an einem einzigen Kirchspiel. Vamdrup, südwestlich des Ortes Kolding gelegen, war die nördlichste Gemeinde des Herzogtums Schleswig. Die Dänen wollten allen anderen Abtretungen und dem ganzen Friedensvertrag zustimmen, wenn man ihnen nur diesen Ort vollständig und ungeteilt überließe. Die Österreicher sahen darin nun wirklich kein Problem und drängten zum Abschluss. Aber nur mit Mühe konnte Bismarck den preußischen König dazu bewegen, den sehr geringfügigen

Gebietsabtretungen an Dänemark zuzustimmen.<sup>2</sup> Dabei spielte es auch keine Rolle, dass die Insel Amrum, der westliche Teil von Föhr («Westerland»), die Nordspitze von Sylt («Listland») und die Südspitze von Röm, dazu eine Region nordwestlich der Stadt Tondern («Mögeltondern»), die alle gar nicht zum Herzogtum Schleswig gehört hatten, sondern Teil des dänischen Gesamtstaates gewesen waren, ebenfalls an Österreich und Preußen abgetreten werden mussten. Sie wurden nun an das restliche Schleswig angeschlossen. Amrum, ganz Föhr und Sylt verblieben auch nach 1918 bei Deutschland, als Nordschleswig wieder an Dänemark abgetreten wurde. Die friesische Bevölkerung stimmte 1920 mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland. Sie wollte nicht zurück nach Dänemark.

# Flensborg Avis.

Nr. 45.

Onsdag den 22. Februar.

1871.

Flensborg Avis udgives 6 Gange ugentlig og koster udf. 5 Sønderlyd 1/2 i Flensborg i Tdt. pr. Krt. — 8 A. Km., foruden med Beten i Sleesvig i Tdt. 4 Gr. — 1 A. 1/2 Km., i Danmark 6 A. 11 1/2 Gr. — Adrederesreiser betales for 1/2 Sø. (ca. 6 A. Km.) pr. Vime eller søns Skib, og modtages af H. C. Wolffs Koncessionar i Kjøbenhavn, af H. G. Jørgensen og Begler og Adolf Müller Koncessionar i Hamborg, Wilhelm A. V. Jørgensen i Expeditionen, Strømsgade 547, ligesom den danske Post.

## Til Valgerne af anden Valgfreds i Flensborg By og Omegn.

Paa et den 20de Juni i. A. i København afholdt Møde af danske Mand fra alle Nordtysklands egne valgte Deputation af en „Danst Følge og Valgforening for Nordtyskland“ med følgende Program:

- 1) Formingens Maal er Fuldbyrdelsen af Artikel V i Pragfreden af 20de August 1866.
- 2) Dette Maal vil Foreningen søge opnaaet ved alle de lovlige Midler, der staae til dens Raadighed.
- 3) Naarlig vil Foreningen virke hen til, at den nordtyske Befolknings sande Stemning ved enhver Leilighed faaer at faa tydeligt Udtryk som muligt, har ved foreskrevne Møder og Raadtagelser.

Som Kredsformand valgte: for Flensborg Amt undertegnede Kammeraad Schmidt-Rollund og Gaardeier Nielsen-Beibal; for Flensborg By Byghandler Gustav Johannsen og Hofmand Freudenreich.

I Henhold hertil og efter senere Afgaale er da vi undertegnede traadte sammen for ved Røstende at indlede den danske Valgbevægelse i Flensborg By og Amt med Henyn til det **3die Maal** foreskrevet i den tyske Nøgdeag.

Et Nøgdeagemaal for vor Kreds tillode vi os at anbefale

### Gaardeier H. A. Krüger i Deutsli,

den Mand, der nu i vort Indre har med usolb Kærlighed, uroftelig Fæstet og Heiden Dægtighed har varetaget Nordtysklands Sars, ofte under de allerdaarligeste Forhold, saaledes som i de sidste Aar, en Mand altsaa, til hvem enhver dansk Valger kan have den fuldeste Tillid i enhver Henseende.

Gaardeier Krüger vil ogsaa blive oplyst som Valgmand til første og tredje Kreds, det vil sige, i Sønderby Amt, Tønder Amt med mere.

Naar saaledes en stor Del Mand fra alle egne af Nordtyskland, deriblandt først og fremmest vor Kreds' tidligere Representant, Obersteier Nicolai Ahlmann, hvis utværlige Bidskender i vor Sags Tjeneste vi med alle danske Valgers levende paasigelse, ere bliene

enige om, i hele Landet kun at opstille een og samme Valgkandidat, saa ligger Grundten her til i, at, hvorledes end Udvaldet af Valgene maatte blive i Nordtysklands forskellige egne, vilde dog alle danske Valgere, demindste moralsk, vilde sig erklære sig ligeoverfor Nøgdeagen. Deres have vi alle været enige om, at det, at samle alle danske Stemmer i Nordtyskland om een Mand klarsigt og bedst vilde kunne vise Regeringen, vilde hele Tyskland, ja hele Europa, hvorledes de sande Forhold er her i Landet, at det nemlig er det, at hele Nordtysklands Befolkning, paa en lille Procent nær, holder urettselig fast ved Gaabtet om, at den Ret, der er hjemlet den ved Pragfreden, endelig engang vil komme til Udsværelse. Netken til ved sin Afstemning at give tilfænde, om den ender at vende tilbage til sit Nævesland, Danmark, eller den ender at blive ved Preussen, som den for Sletholter lider under.

Si behøve neyge at gjere Valgerne opmærksomme paa den overordentlige Nødtighed af, at ender uden Undtagelse, der nære Døstet om, at Landet maatte blive gjenforenet med Danmark, deltaget i Valget og afgiver sin Stemme. Uden Tvivl nærmer det nordtyske Syngemaal sig en Afgjorelse. Det er held usandvenligt, at Preussen nu, da Europas Forhold upaatværlig vilde indgaae flere Ombandninger, skulle lade den Forlygtelse, det har paataget sig med Henyn til Nordtyskland, henlaade uafgjort og dermed udtværlig sig for den sidste Beslytning for ikke at holde indgaaede Forlygtelser. Vi kunne derfor sikkert vente en Afgjorelse i den aldermæreste Fremtid. Under saadanne Forhold vilde altsaa de foreskrevne Valg kunne faae en væsentlig Indflydelse paa Afgjorelsen af, hvor den fremtidige Grænselinie skal være mellem Tyskland og Danmark. Nøgdeagen, som det gælder om, er derfor ikke, om Nordtyskland har een eller to eller endog tre Representanter i Nøgdeagen, men dette, at vise, hvor den naturlige Grænselinie er mellem Tyskland og dansk Føllebillie.

Et troe, at det store Flertal af vore Medborgere saavel i Byen Flensborg som paa Landet i Flensborgs Omegn naere en levende Overbevielse, at det i hvoeste Grad ligger i Flensborgs som i hele Nordtysklands sande Interesse at blive gjenforenet med Danmark. Det vil altsaa opfordre vore Medborgere til, hver for sig at virke af at Gaae for at faae valgt en Mand, der med usolbket Iver arbejder for Opnaaelsen af dette Maal, opfordre vi dem kun til at virke for deres egne sande Interesser.

Men det vi vilde denne Opfordring til vore Medborgere, ere vi tillige levende overbeviste om, kun at opfordre dem til at virke for et Maal, hvis Opnaaelse fremfor noget andet vil være skicket til at frembringe varig Fred og et varigt, godt og ubestribeligt Forhold mellem Tyskland paa den ene Side og Danmark, ja hele Norden paa den anden Side. Med andre Ord: vi raade dem kun til at virke for Roget, der i lige saa høj Grad er i vort Landes utværlige Behov, som i det danske Interests. Dette nemlig, at faae en fast og en naturlig Grænselinie mellem Danmark og Tyskland. Men der gjeld i vore Dage ingen sand naturlig Grænselinie mellem Tyskland og Danmark, hvor Villerne staa. Sel tan et helt for en Tidlang ved Naatenmagt helde et andet Følle eller en Del deraf under sin Herredomme til Tredt for vort bestemte Villie og det mest levende Indre, og i Modstrib med ethvert hells helte, paa enige Love vilende Ret til Frihed og Uafhængighed. Men der er aldelig nogen sand Villie og et saadant Herredomme hvoeren for Beherskerne eller for de Beherskere.

Det er under de alderdaarlige Forhold, at vi denne Gang gaar til Valgtempen. Men allerede i Sønderby, i 1867, under saare vanskelige Forhold, om end ikke under saa overordentlig vanskelige som denne Gang, har Befolkningen i Flensborg og Omegn gjenannet Valgene ved, at den overveidende Flertal anker Gjenforening med Danmark. Vi har derfor ogsaa i den nu foreskrevne Valgkamp Allet gjere Regning paa Seiren, naar kun Enden gior sin Pligt.

Et offentligt Valgermøde vil blive afholdt Torsdag den 23de Februar kl. 6, Eftermiddag i det forenede St. Nicolai Sktuehus i Flensborg. Til dette Møde indbydes hermed alle danskvædte Valgere fra Flensborg By og Omegn.

Flensborg, den 16de Februar 1871.

H. C. Schmidt-Rollund. Chr. Nielsen-Beibal. Gustav Johannsen. A. G. Freudenreich.

Aufruf des am 29.6.1870 in Apenrade gegründeten Dansk Folke- og Valgforening for Nordslesvig (Dänischer Volks- u. Wahlverein für Nordschleswig) zur Wahl von Hans Andersen Krüger. Krüger (6.4.1816–27.8.1881), Hof- und Mühlenbesitzer aus Beftoft bei Hadersleben, war dänischer Reichstagsabgeordneter von 1867 (Konstituierender Reichstag des Norddeutschen Bundes) bis zu seinem Tode 1881 für den Wahlkreis Schleswig 1 (Hadersleben-Sonderburg). Hauptforderung war die Ausführung der Bestimmung von Artikel 5 des Prager Friedens. »Flensburg Avis«, Nr. 45 v. 22.2.1871

Mit dem Erwerb fast ganz Schlesiwijs durch Österreich und Preußen kam seit 1864 eine erhebliche Zahl von Dänen zunächst unter österreichische und preußische, später unter preußisch-deutsche Herrschaft.<sup>3</sup> Für diese war ursprünglich eine Minderheitenschutzklausel vorgesehen. Damit hatten zunächst weder die österreichische Regierung noch Bismarck grundsätzliche Probleme. Eine solche Bestimmung scheiterte aber schließlich doch, zum einen am Widerspruch des preußischen Königs, zum anderen an der unnachgiebigen Haltung der dänischen Regierung selbst, die die von deutscher Seite geforderte Gegenseitigkeitserklärung kategorisch ablehnte.<sup>4</sup> Viel weiter ging jedoch eine Klausel, die auf Verlangen Frankreichs zwei Jahre später in den Prager Frieden zwischen Preußen und Österreich (23.8.1866) in Artikel 5 eingefügt wurde. Danach sollten *die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden*. Auch in diesem Falle wäre Bismarck durchaus zu Konzessionen bereit gewesen. Er scheiterte erneut an der kategorischen Weigerung seines Königs, auf die Dänen zuzugehen. So blieb es bei einer reinen Absichtserklärung, die nach der Niederlage Frankreichs 1871 als obsolet angesehen wurde. Allerdings erscheint es fraglich, ob man daraus schließen kann – was gelegentlich behauptet wird –, dass Deutschland, eigentlich: Preußen, eine vertraglich bereits abgemachte Volksabstimmung mit anschließender

Gebietsabtretung eines Teiles von Nordschleswig zurück an Dänemark zunächst verweigert, dann verhindert habe. Eine solche eindeutige Schuldzuweisung gibt schon der Wortlaut des Vertrages nicht her. Wer genau liest – und das sollte man bei Verträgen nicht nur als Jurist tun –, wird feststellen, dass es sich um die mögliche Abtretung von »Bevölkerungen«, aber nicht von Land handelte. Diese Auffälligkeit war ziemlich sicher kein Versehen, denn in der Zeit ging es bei vergleichbaren Fällen – wie etwa später bei Elsass-Lothringen – immer nur um sogenannte »Optionen« und »Optanten«. Damit gemeint war die Möglichkeit, sich nach einer Gebietsabtretung förmlich für die Beibehaltung der Staatsangehörigkeit des bisherigen Staates auszusprechen. Hiermit verbunden war allerdings auch die Pflicht des Wegzuges vom neuen in den alten Staat (so auch der Artikel 19 des Wiener Vertrages von 1864). Das hätte also, auf Nordschleswig angewandt, den Wegzug eines großen Teiles der Bevölkerung nach Dänemark zur Folge gehabt. In der sogenannten Apenrader Konvention von 1872 verzichtete die deutsche Seite auf die Ausweisung des völkerrechtlich dänisch gebliebenen Teiles der nordschleswigschen Bevölkerung. Diese verblieben als dänische Staatsbürger im deutschen Schleswig, besaßen eine staatliche Besitzstandsgarantie und ein dauerndes Aufenthaltsrecht, aber sie durften nicht wählen oder gewählt werden. Im Gegenzug unterstanden sie aber auch nicht der deutschen Wehrpflicht.

Ein Staatsvertrag zwischen Dänemark und dem Deutschen Reich sicherte 1907 auch den Kindern der ehemaligen Optanten zu, frei zwischen dänischer oder preußisch-deutscher Staatsangehörigkeit zu wählen. Im Gegenzug erkannte Dänemark noch einmal explizit den Grenzverlauf von 1864 an und verzichtete offiziell auf die Bestimmungen des Artikels 5 des Prager Friedens und die

dort sehr vage beschriebene Möglichkeit einer »Abstimmung«.

Für Dänemark bedeutete die militärische und diplomatische Niederlage von 1864 ein nationales Trauma, das in Teilen bis in unsere Gegenwart nachwirkt. Die Tatsache, dass das Land international isoliert war oder gar (so die Sicht vieler Dänen) gegen das große und mächtige Deutschland - in Form der vereinten Kräfte von dessen größten Ländern, Österreich und Preußen - vom restlichen Europa im Stich gelassen wurde, erklärt seine Haltung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, vielleicht auch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber gemeineuropäischen Initiativen und Beschlüssen, vor allem, wenn sie von Deutschland ausgehen. 1914 und 1939 wollte man auf keinen Fall in eine neue militärische Auseinandersetzung mit dem Nachbarn im Süden geraten. Man nahm die deutsche Übermacht, umgangssprachlich gesprochen, mit geballter Faust in der Tasche hin und arrangierte sich so gut es eben ging. Trotz der Rückkehr des größten Teiles der mehrheitlich dänisch besiedelten Teile Nordschleswigs nach dem Ersten Weltkrieg und dem binationalen Versuch einer Lösung der beiden jenseits der Grenze verbliebenen nationalen Minderheiten und ihrer Sonderrolle im Jahr 1955 sind sich Dänen und Deutsche nie wirklich warm geworden.

## Der dritte deutsche Staatengründungskrieg: Bruderkrieg

Auf den ersten Blick erscheint es merkwürdig, dass ein innerstaatlicher, ein deutsch-deutscher Krieg, als nationaler Staatengründungskrieg gelten kann. Aber Deutschland bestand seit Jahrhunderten aus verschiedenen Teilstaaten, deren Herrscher auf ihre Souveränität

eifersüchtig bedacht waren. Freiwillig diese Rechte zugunsten eines größeren deutschen Nationalstaates abzugeben, kam für die meisten nicht in Frage. Auch ist es auf den zweiten Blick historisch gar nicht so selten, dass Staatengründungskriege nicht nur nach außen, sondern auch nach innen geführt werden. Der amerikanische Bürgerkrieg, der zeitlich in unmittelbarer Nähe zum deutschen Bruderkrieg steht, lässt sich auch als ein abschließender Staatengründungskrieg der Vereinigten Staaten interpretieren, bei dem militärisch entschieden wurde, wer in wesentlichen Fragen der Innenpolitik die Deutungshoheit besaß: der Norden oder der Süden. Und schließlich ist der Krieg Indien-Pakistan von 1948 nichts anderes gewesen als ein Bruderkrieg, bei dem aus einem großen, gemeinsamen (aber kolonialen) Staatsvorgänger zwei neue Staaten entstanden, die ihre Grenzen gegeneinander durch Kriege näher definierten.

In Deutschland selbst stieß die »Lösung« der Schleswig-Holstein-Frage auf ein geteiltes, um nicht zu sagen zwiespältiges Echo. Der Krieg der Österreicher und Preußen schien die deutsche Einheit keineswegs zu befördern. Als Staatengründungskrieg erscheint er erst in der Nachschau. Auf den ersten Blick war das Gegenteil der Fall. Bayern und Sachsen verweigerten den österreichischen Truppen den Durchmarsch in den Norden durch ihr Gebiet. Diese mussten daher einen weiten Umweg gehen - über das österreichische ins preußische Schlesien und von dort nach Berlin und an die Ost- und Nordsee. Das Herzogtum Schleswig war zwar aus der Herrschaft des Königs von Dänemark »befreit«, aber es wurde keineswegs - wie noch 1848 - Teil des Deutschen Bundes. Die beiden größten deutschen Staaten, Österreich und Preußen, hatten zwar gemeinsam gehandelt und die drei sogenannten Elbherzogtümer als sogenanntes Kondominium (Zweierherrschaft) in gemeinsamen Besitz

genommen, aber um die Art und Weise ihrer Verwaltung gab es bald Streit. Österreich war nach Deutschland »zurückgekehrt« und verfügte zum ersten Mal seit 1815 wieder über territoriales Eigentum in Kerndeutschland. Aber das lag im äußersten Norden, hunderte Kilometer von Wien entfernt.

In einem preußischen Kronrat sprach man schon wenig mehr als ein halbes Jahr nach dem Wiener Frieden am 22. Mai 1865 über die Möglichkeit eines Krieges gegen Österreich, um die Herzogtümer ganz annektieren zu können. Allerdings war nur der Landwirtschaftsminister Werner von Selchow, 1848 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, dafür, die »volle Annexion unumwunden und mit aller Offenheit als Ziel der preußischen Politik zu proklamieren, da der Bruch mit Österreich [...] nicht zu vermeiden sein werde«. Die übrigen Mitglieder der Regierung folgten dem Rat des Ministerpräsidenten Bismarck, zunächst eine Verständigung mit Wien zu versuchen »und dass ein Krieg mit Österreich [...] möglichst vermieden werden müsse«.<sup>5</sup>

Schon im Sommer 1865 kam es in der Tat zu einer Vereinbarung zwischen Österreich und Preußen (die sogenannte Konvention von Gastein, 14.8.1865). Danach blieben Schleswig und Holstein in gemeinsamem Besitz, allerdings sollte zukünftig Schleswig nur von Preußen, Holstein nur von Österreich verwaltet werden. Das dritte und kleinste Elbherzogtum, Lauenburg, ging gegen eine Entschädigung in Silber im Wert von damals 2,5 Millionen dänischen Talern ganz an die Krone Preußen. Der reine Silberwert entspräche heute (1.10.2019) etwa 15,8 Millionen Euro. Der König von Preußen war nun auch Herzog von Lauenburg – ein Titel, den Wilhelm II. 1890 »großzügig« seinem Reichskanzler Bismarck zu dessen Entlassung weiterschenkte. Bismarck hat aber den Herzogstitel nie getragen. Lauenburg war zu dieser Zeit

auch schon kein eigener Bundesstaat mehr. 1876 wurde es an die preußische Provinz Schleswig-Holstein angeschlossen und firmierte danach als »Kreis Herzogtum Lauenburg«. So heißt es noch heute.

An sich besaß Österreich nach dem gemeinsamen Sieg gegen Dänemark kein besonders großes Interesse an seinen neuen (Mit-)Besitzungen im Norden. Sie hatten aber einen gewissen Wert als territoriale Tauschobjekte. Vorübergehend dachte man in Wien daran, sie alle Preußen zu überlassen, wenn es gelänge, mit dessen Hilfe die 1859 im zweiten italienischen Staatsgründungskrieg verlorene Lombardei mit Mailand wieder in österreichischen Besitz zu bringen. Das entstehende Italien bot dagegen an, auch Venetien, das Teil des Habsburgerreiches war, aber dem Deutschen Bund nicht angehörte, gegen 400 Millionen Gulden - nach dem heutigen (1.10.2019) Silberwert ca. 2,22 Milliarden Euro - von Österreich zu erwerben. Zwar war Österreich chronisch klamm bei Kasse, aber alle Kaufpläne Preußens und Italiens zerschlugen sich, weil Wien sich letztendlich weigerte, Macht und Prestige gegen finanzielle Kompensationen aufzugeben. Und den österreichischen Tauschvorschlag, Preußen könne Schleswig und Holstein annektieren, wenn es dafür Österreich mit Schlesien entschädige, lehnte Berlin ab.

Gegen die konservativ-erhaltende österreichische Politik reagierte die preußische Regierung zunehmend aggressiver. Im Frühjahr 1866 spitzte sich die Situation zu. Konfrontationen im Bundestag in Frankfurt zwischen preußischen und österreichischen Gesandten gehörten zur Tagesordnung, wurden jetzt nicht »nur« in Kauf genommen, sondern bewusst provoziert. Eine Einigung über die Zukunft Schleswig und Holsteins, erst Recht über eine gemeinsame deutsche staatliche Zukunft, wurde immer unwahrscheinlicher. Im preußischen Kabinett erschien der Krieg jetzt als eine reale Möglichkeit, eine

Fortführung der preußischen Politik mit anderen als den bisherigen Mitteln durchzusetzen. Österreich war in der Zwickmühle: im Norden war es von den Ansprüchen und Bestrebungen Preußens, im Süden von jenen Italiens bedroht. Kriegsminister Moltke eilte nach Florenz und führte Verhandlungen, die am 8. April 1866 zum Abschluss eines geheimen Bündnisses führten. Danach einigten sich Preußen und Italien, *in Rücksicht auf die Bedürfnisse und berechtigten Bestrebungen ihrer Nationen*, auf einen gemeinsamen Krieg gegen Österreich. Italien musste nach dem Vertrag Österreich den Krieg erklären, falls Preußen seine politischen Vorstellungen *auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung* nicht durch Verhandlungen durchsetzen würde können und dadurch *in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen*.

Die ganze ungeschminkte Aggressivität des preußisch-italienischen Vorgehens wird an Artikel 5 des Geheimvertrages deutlich. Der Vertrag lief nach drei Monaten automatisch ab, *wenn in diesen drei Monaten der in Artikel 2 vorgesehene Fall nicht eingetreten ist, nämlich, daß Preußen den Krieg an Österreich nicht erklärt hat*.

Schon einen Tag nach Abschluss des geheimen Bündnisses mit Italien beantragte Preußen am Bundestag in Frankfurt eine Bundesreform, die über allgemeine und direkte Wahlen zu einem Nationalparlament und über dieses zu einem deutschen Nationalstaat führen sollte. Ein solcher Weg war seit 1848 der überwältigende Wunsch der deutschen öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung und die Medien wurden damit auf die Seite Preußens gezogen. Gleichzeitig warb Preußen auch diplomatisch an den Höfen der deutschen Klein- und Mittelstaaten für seine Nationalstaatspläne. Österreich dagegen hatte am 20. September 1865 seine Verfassung von 1861 wieder

aufgehoben. Es galt von seinem ganzen Aufbau und seiner Struktur her als wenig national und schon gar nicht liberal.

Dennoch wurde der sich Ende April 1866 immer stärker abzeichnende Krieg vom Volk vehement abgelehnt. Er galt von Anfang an als Bruderkrieg, den man gerade aus einer nationalen Haltung heraus verurteilen musste. Kundgebungen, Demonstrationen und Petitionen gegen einen solchen Krieg gab es in ganz Deutschland, in Preußen ebenso wie in Österreich und den übrigen Teilen des Deutschen Bundes. Der preußische Ministerpräsident wurde zum Hassobjekt der öffentlichen und veröffentlichten Meinung. Selbst engste Freunde Bismarcks, wie der Vorsitzende der Konservativen im Preußischen Abgeordnetenhaus, Ludwig von Gerlach, wandten sich nun von ihm ab. *Wie kann der hoffen, neues Recht zu machen, der das alte nicht achtet?* rügte er in der »Neuen Preußischen [Kreuz-] Zeitung«. <sup>6</sup> Am 3. Mai hatte Preußen seine Armee mobilisiert. In der aufgeheizten politischen Atmosphäre, als in ganz Deutschland nahezu einstimmig Bismarck als der Urheber der ganzen kriegerischen Entwicklung beschimpft wurde, wurde der preußische Ministerpräsident am 7. Mai auf dem Nachhauseweg von einer Besprechung mit König Wilhelm mitten auf der Straße Unter den Linden von einem Attentäter angegriffen. Es fielen fünf Schüsse, die von einem Revolver aus nächster Nähe sowohl von vorne wie von hinten auf Bismarck abgegeben wurden. Attentäter war Ferdinand Cohen-Blind, ein 22-jähriger Student, der Stiefsohn eines bekannten republikanischen Revolutionärs von 1848. Das Motiv der Tat war eindeutig politisch. Der Attentäter gab in seinem Abschiedsbrief deutsch-nationale Beweggründe an: Der preußische Ministerpräsident ist »ein Verräter an Deutschland. ... er schließt Bündnisse ab mit den Feinden Deutschlands, denn Italien, wenn es einmal im Zuge ist, wird sich nicht zufrieden stellen mit

Venedig, sondern vielleicht Tirol und Triest nehmen«<sup>7</sup>. Bismarck blieb erstaunlicherweise völlig unverletzt - eine wirklich überzeugende Erklärung für dieses »Wunder« existiert nicht.

Das Attentat wurde bedauert - weil es nicht gelungen war. Der Attentäter beging kurz danach Selbstmord, was seiner Popularität keinen Abbruch tat. In Süddeutschland wurden Fotografien von ihm als Andenken verkauft. Dessen ungeachtet begann der Krieg am 9. Juni 1866 mit dem Einmarsch preußischer Truppen in das von Österreich verwaltete Herzogtum Holstein - ein eindeutiger Angriffskrieg, was der preußische General Moltke später auch zugab: *Der Krieg war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut - für Machtstellung.*<sup>8</sup>

Der österreichische Gesandte, der formal den Vorsitz am deutschen Bundestag in Frankfurt führte, beantragte daraufhin ein gemeinsames Vorgehen gegen Preußen, faktisch eine Bundesexekution. Kriegserklärungen gab es demzufolge nicht. Eine Mehrheit der deutschen Bundesstaaten, darunter alle Königreiche außer Preußen (Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg), stimmte dem am 14. Juni zu. Der preußische Vertreter am Bundestag trat aus der Versammlung aus und warf die Tür zu. Eine einseitige Erklärung der preußischen Regierung behauptete, der Deutsche Bund habe sich durch den Beschluss gegen Preußen selbst aufgelöst. Rechtlich war das Unfug. Die Gründungsakte des Deutschen Bundes von 1815 sah weder einen Austritt einzelner Mitgliedsstaaten, schon gar keine Auflösung des ganzen Bundes vor. Der Bund war im Gegenteil als »beständiger«, d. h. dauerhafter proklamiert worden. In der sogenannten Wiener Schlussakte (1820) war sogar (Art. 5) explizit von einem